

Jedoch: **Jüdinnen und Juden müssen sich sicher fühlen können**; Beleidigungen und Anfeindungen dürfen nicht sein, dürfen nicht geduldet werden. Auch nicht sein darf die **Unterdrückung der Proteste** gegen die israelische Regierung seitens deutscher Behörden.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das einzigartige Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden.**

Als nächste Schritte ist es daher zwingend erforderlich, dass auch die **deutsche Regierung** sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzt für

- ▶ **sofortigen Waffenstillstand**
- ▶ **die Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **die Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**

Und für alle – für Politik, für Behörden, für jeden einzelnen **gilt als absolute Verpflichtung:**

- ▶ **Keine Diskriminierung von Palästinenserinnen und Palästinensern, von Jüdinnen und Juden**

Die Attac-Regionalgruppe trifft sich

[.....]
[.....]
[.....]

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe [.....]



N a h o s t

Schalom, Salam, Frieden!

GLEICHES Recht auf Leben

in Würde und Freiheit

„Das Leben aller, die mit Israel und Palästina verbunden sind, wird seit dem 7. Oktober 2023 nicht mehr dasselbe sein. Zehntausende von Menschenleben wurden ausgelöscht, Familien auseinandergerissen, Kinder traumatisiert. [...] Und wie jedes Jahr müssen wir ein Ende der Gewalt fordern und eine politische Lösung verlangen, die Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle bringt. [...] Wir müssen uns mehr denn je in unserer Trauer vereinen und die Hoffnung nicht aufgeben, dass ein anderer Weg als Besetzung, Unterdrückung und Konflikte nicht nur möglich, sondern zwingend notwendig ist.“

(Aufruf von Combatants for Peace und Parents Circle-Families Forum für die größte israelisch-palästinensische, gemeinsam organisierte Friedensveranstaltung - <https://cfpeace.org>)

Die Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober war gezieltes Abschneiden der Bevölkerung in

Gaza von Strom-, Wasser- und Lebensmittelversorgung. Inzwischen sind schon etwa 35 000 Menschen durch die israelischen Militärationen getötet worden. Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens wurden großenteils vernichtet, ebenso wie etwa 70 Prozent der Wohnhäuser und 40 Prozent der für Nahrungsmittelproduktion im Gazastreifen genutzten Flächen (Quelle: forensic-architecture.org). - **Ist das noch „Selbstverteidigung“?**

Israel bezieht laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI einen **wesentlichen Teil seiner Waffen aus Deutschland: 30 Prozent**. 69 Prozent liefern die USA.

Unmittelbar, nachdem der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag in der Klage Südafrikas entschieden hatte, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Völkermord begehe und es müsse Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergreifen**, bezichtigte die Netanjahu-Regierung das UN-Hilfswerk für Palästinenser UNRWA in Gaza, Verbindungen zum Terrorismus zu haben.

Diese **Verleumdungs-Kampagne** mit dem offensichtlichen Ziel der Ablenkung von der zunehmenden Kritik an Israels Vorgehen im Gazastreifen war sehr erfolgreich, weil Politik und Medien in den USA und Europa zu großen Teilen mitspielten.

Obwohl die Vorwürfe unbewiesen waren und sind, stellten daraufhin wichtige Geberländer, darunter die USA und Deutschland, die Finanzierung der wichtigsten humanitären Organisation für den Gazastreifen ein. Zu den Bombardierun-

gen, dem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung, dem Wassermangel und der Zunahme von Epidemien ist eine absichtlich erzeugte Hungersnot hinzugekommen.

Das, was derzeit im Nahen Osten geschieht, ist auch die **Hinterlassenschaft der Neuaufteilung der Region durch die Sieger- und Kolonialmächte** nach dem Ersten Weltkrieg: „Ein Frieden, der jeden Frieden beendet“, sagte damals ein britischer Offizier.

Großbritannien hinterließ in Palästina 1947 einen politischen Trümmerhaufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg machten die USA dort weiter, wo Großbritannien aufgehört hatte, und haben ebenfalls viel zu den späteren Zerstörungen der Gesellschaften im Jemen, im Irak und in vielen anderen Teilen des Nahen Ostens beigetragen.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.

Die bedingungslose Unterstützung Israels durch die Regierungen der USA und auch Deutschlands führt letztlich zu der Tatsache, dass - aufgrund des Extremismus der israelischen Regierung, ihrer schockierenden Gewalt gegen das palästinensische Volk und ihrer Apartheid-Herrschaft - **Israel isolierter und gefährdeter ist als je zuvor**.

Internationaler Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist dringend geboten. Europa muss sich dafür stark machen und alle verfügbaren Druckmittel nutzen.